

FAZIT UND AUSBLICK: WANDLUNGS- UND ANPASSUNGSPROZESSE IN EINER NEUEN ÄRA TRANSATLANTISCHER KOOPERATION

SASCHA ARNAUTOVIĆ

Das Schlusskapitel des vorliegenden Sammelbandes thematisiert im Folgenden in komprimierter Form nochmals die wesentlichen inhaltlichen Aspekte des Hauptteils, fasst diese thesenartig zusammen und wagt darüber hinaus einen kurzen Ausblick auf die weiteren Entwicklungsperspektiven für das transatlantische Verhältnis in der Post-Bush-Ära unter US-Präsident Barack H. Obama. Dabei werden die Herausforderungen und Probleme transatlantischer Politik skizziert und die Möglichkeiten einer Erneuerung und Wiederbelebung der transatlantischen Beziehungen unter den neuen Rahmenbedingungen diskutiert.

Aus den vier großen Themenblöcken des KFIBS-Bandes lassen sich als Quintessenz der wissenschaftlichen Untersuchung folgende Thesen ableiten:

I. Amerikanische Perspektiven: Die politisch-ökonomische Ausrichtung der US-Außenpolitik und die zukünftige Rolle der USA in der internationalen Politik

- Die USA befinden sich zurzeit sowohl in innen- wie auch in außenpolitischer Hinsicht in einer Phase nationaler Selbstfindung und des Übergangs vom alten – imperial zugespitzten – politisch-strategischen Denken der Vorgängerregierung Bush hin zu einem modifizierten Verständnis von der amerikanischen Führungsrolle in der Welt unter Barack Obama – ein fortlaufender Prozess, der nicht ohne Folgen für die künftige transatlantische Politik Amerikas gegenüber seinen europäischen Partnern bleiben wird.
- Trotz Amerikas Kehrtwende nach Bush jun. zu einer tendenziell eher wieder positiven Einstellung gegenüber der transatlantischen Partnerschaft und den mit ihr einhergehenden politischen Gestaltungs- und

Handlungsmöglichkeiten bestehen konträre Positionen sowie unterschiedliche Vorstellungen und Wahrnehmungen zwischen den Verbündeten fort.

II. Bündnis- und europapolitische Perspektiven: Neujustierung transatlantischer Kooperation, Wahrnehmungstendenzen transatlantischer Politik und die Zukunft der europäisch-amerikanischen Beziehungen

- Die Zusammenarbeit zwischen EU und NATO im Bereich der Sicherheitspolitik stagniert vor allem aufgrund anhaltender politischer Blockade. Eine für beide Seiten gleichermaßen vorteilhafte engere Kooperation ist nur unter folgenden Voraussetzungen möglich: wenn ein umfassendes Verständnis für die unterschiedlichen Organisationskulturen und Organisationsstrukturen von EU und NATO vorhanden ist, wenn eine Annäherung bei den bislang konträren Positionen in Fragen etwaiger Handlungsspielräume für globale Aktivitäten in den Bereichen „Konfliktprävention“ und „Krisenmanagement“ sowie hinsichtlich des Einsatzes damit verbundener Instrumente erzielt werden konnte, wenn wirksame Konsultations- und Kooperationsmechanismen entwickelt wurden und wenn eine bessere Abstimmung zwischen beiden Organisationen bei der Fähigkeitsentwicklung besteht.
- Die NATO scheint sicherheitspolitisch immer mehr an Attraktivität für die USA verloren zu haben. Der Afghanistaneinsatz stellt vor diesem Hintergrund ein „Fenster der Gelegenheit“ dar, um der Atlantischen Allianz neues Leben einzuhauchen. Jetzt sind die europäischen NATO-Partner gefordert, ihren konkreten Beitrag dazu zu leisten.
- Das Umbruchjahr 2009 brachte Wandel auf beiden Seiten des Atlantiks hervor. Trotz des fortbestehenden Konfliktpotenzials sind bis dato immer noch genügend Schnittmengen für Kooperation vorhanden. Es liegt nun insbesondere an Europa bzw. der EU, die euroatlantische Partnerschaft aktiv zu gestalten und nicht der Versuchung zu erliegen, in Passivität zu verfallen.

III. Nah- und mittelöstliche Perspektiven: Regionale Dynamiken und deren Implikationen für die regionale Ordnung und die westliche Politik

- Der dritte Golfkrieg brachte für die USA zwar kein „zweites Vietnam“ mit sich, jedoch sind die mit ihm verbundenen Kosten hoch. Die ernüchternde Bilanz des Irakkrieges 2003, das begrenzte Maß an amerikanischem Einfluss auf die Entwicklung der irakischen Innenpolitik und die Grenzerfahrung politischer wie militärischer Macht legen den Schluss nahe, dass es – trotz des Destabilisierungsrisikos – keine echte Alternative zu einem (vollständigen) Abzug der US-Truppen aus dem Irak gibt, der seit Ende 2011 ohnehin längst Realität ist.
- Mit der neuen US-Regierung ist wieder Bewegung in den seit Jahren stagnierenden Nahostfriedensprozess gekommen. Dennoch ist eine Diskrepanz zwischen der deutlichen Washingtoner Rhetorik und den im Verhältnis dazu zu geringen Fortschritten vor Ort zu konstatieren. Wenn es substanzielle Fortschritte in dem komplexen israelisch-palästinensischen Konflikt geben soll, muss es den USA gelingen, die Konfliktparteien zu den für einen entscheidenden Durchbruch notwendigen Schritten zu bewegen.
- Für die USA hat Pakistan bisher eine Schlüsselrolle bei der Befriedung Afghanistans gespielt. Von einem gleichwertigen Partner und wichtigen Verbündeten im Antiterrorkrieg wird das Land durch die neue US-Strategie „AfPak“ jedoch zusehends zu einem „Problemfall eigener Art“ herabgestuft. Zwar wird der regionalen Komponente des Afghanistaneinsatzes durch dieses strategische Konzept endlich Rechnung getragen, doch bleibt dessen Wirksamkeit vorerst weiter offen. US-Präsident Obamas außenpolitisches Schicksal ist nun maßgeblich daran geknüpft.

IV. Osteuropäische und ostasiatische Perspektiven: Die aufstrebenden Mächte Russland und China als politische Herausforderung für den „Westen“

- Die Idee der Schaffung einer „strategischen Partnerschaft“ zwischen den westlichen Akteuren (USA, NATO, EU) und Russland zur Verbesserung der politischen Beziehungen erscheint bis heute recht ambitioniert. Alte Ressentiments, unterschiedliche Wertesysteme, anhaltendes Machtstreben

und die westliche Erweiterungspolitik verhindern hier bislang substanzielle Fortschritte.

- Prognose: Die amerikanisch-chinesischen Beziehungen dürften sich in den nächsten Jahren (trotz weiterhin existierender divergierender Interessen und des anhaltenden ökonomischen Wettstreits beider Akteure) qualitativ verbessern, da die Notwendigkeit der Anpassung an die wirtschaftlichen Verflechtungsprozesse sowie die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit in zentralen Fragen internationaler Politik – aller Voraussicht nach – so dominierend sein werden, dass dadurch genügend Kooperationsanreize für beide Seiten gegeben sind.

Die Beiträge in diesem Sammelband haben mehrheitlich gezeigt, dass eine Politik des „Weiter so“ für Gegenwart und Zukunft der transatlantischen Beziehungen nicht mehr länger vertretbar erscheint, ein Umdenken somit zwingend erforderlich ist, um den Fortbestand der Partnerschaft zu gewährleisten. Ein Blick auf die politische Wirklichkeit lässt hier folgenden Schluss zu: Übereinstimmungen in zentralen Politikinhaltungen zwischen den transatlantischen Akteuren sind zwar nach wie vor vorhanden, dennoch nehmen die Interessenkonflikte – über die letzten Jahre hinweg betrachtet – tendenziell eher zu und belasten aufgrund dessen immer wieder neu das politische Klima zwischen den Partnern und verringern zudem die Chancen, gemeinsam Antworten auf die drängenden weltpolitischen Fragen und globalen Herausforderungen der heutigen Zeit zu finden. Im Sinne einer stärker von Pragmatismus geleiteten transatlantischen Interessenpolitik, welche die unbestreitbar existierenden Interessengegensätze auch als solche anerkennt, gleichzeitig aber nach neuen, zeitgemäßen Formen der Zusammenarbeit Ausschau hält, gilt es nunmehr, die bestehenden Schnittmengen in die Waagschale zu werfen, um daraus ein tragfähiges politisch-ökonomisches Konzept für eine neue Ära transatlantischer Kooperation bzw. einen neuen Atlantizismus zu entwickeln. Ein solches hat, dies ist selbstredend, den veränderten transatlantischen Realitäten adäquat Rechnung zu tragen. Diesseits und jenseits des Atlantiks sollten die politischen Entscheidungsträger daher auch zur Kenntnis nehmen und das Faktum anerkennen, dass sich die transatlantischen Beziehungen in einer Phase des Wandels befinden und – damit zusammenhängend – entsprechende Anpassungsprozesse vonnöten sind.

Nach dem Ende der Ära George W. Bush ist zwar der Gesprächston unter den transatlantischen Partnern insgesamt deutlich konzilianter und moderater geworden als noch zuvor; diese neuerliche – positive – Entwicklung bedeutet aber keineswegs, dass die vorhandenen Interessengegensätze damit endgültig

obsolet wären. Zu groß sind mittlerweile auch die Mentalitätsunterschiede sowie die Differenzen in Bezug auf gesellschaftliche Werte, um an der bisherigen Politik weiterhin festhalten zu können. Diese schwierige Gemengelage erfordert von den transatlantischen Akteuren in jeder Hinsicht ein hohes Maß an Belastbarkeit, Flexibilität, Offenheit, Kompromissbereitschaft und politischem Weitblick, wollen diese das transatlantische Beziehungsgefüge in seiner Existenz nicht ernsthaft gefährden.

Die vorangegangenen Ausführungen sollen nicht so verstanden werden, dass die transatlantische Partnerschaft prinzipiell an Bedeutung für die euroatlantische Welt eingebüßt hätte – dies ist nämlich keineswegs der Fall. Es soll vielmehr darauf hingewiesen und dafür sensibilisiert werden, dass diese Partnerschaft kein Selbstläufer mehr ist in einem neuen Zeitalter mit großen sicherheits-, klima-, gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen, als da sind: internationaler bzw. transnationaler Terrorismus; Islamismus und islamistischer Jihadismus; fragile Staatlichkeit; alte und neue Atommächte und deren nukleare Ambitionen; Klimawandel und dessen Folgen; Flüchtlings- und Migrationsströme aufgrund von Armut, Hunger, Perspektivlosigkeit und Bürgerkriegen; wirtschaftliche Krisen und wachsende soziale Ungleichheit.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie die transatlantischen Beziehungen unter den veränderten Rahmenbedingungen euroatlantischer und internationaler Politik auch in Zukunft überlebensfähig und vital bleiben können. Die Antwort hierauf ist in einer Revitalisierung der euroamerikanischen Partnerschaft zu sehen, die allerdings nur dann einen echten Mehrwert für die transatlantischen Partner bringt, wenn diese die Notwendigkeit eines Wandels als Chance für die Überlebensfähigkeit der zwischenzeitlich stark beschädigten transatlantischen Bande begreifen. Die Erneuerung bzw. die Fortentwicklung der transatlantischen Gemeinschaft im 21. Jahrhundert kann demnach nur gelingen, wenn grundsätzliche Bereitschaft für Veränderungen besteht. Herrscht hierüber Einigkeit, so böten sich folgende Schritte zur Neuausrichtung der transatlantischen Politik an:

- Schaffung einer den heutigen Realitäten angepassten neuen transatlantischen Identität,
- Entwicklung neuer Formen der Kooperation und Verfahren der Konsultation,
- Aufstellung einer neuen tragfähigen Politikagenda,
- Entwicklung neuer Politikinstrumente zur Förderung kollektiven Handelns.

Ob eine solche Revitalisierung der transatlantischen Beziehungen tatsächlich gelingen kann, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur schwer vorhersagbar. Viel dürfte vom politischen Willen der transatlantischen Akteure und vom Grad der Übereinstimmung in den politischen Zielen diesseits und jenseits des Atlantiks abhängen, inwieweit eine kohärente euroatlantische Politik in den nächsten Jahren realistisch erscheint. Die Ausgangsbedingungen dafür sind unter US-Präsident Barack Obama allerdings deutlich günstiger, als dies noch vor einigen Jahren bei seinem Amtsvorgänger George W. Bush und dessen hegemonial-unilateralen Außenpolitik mit imperialen Zügen der Fall war, wenngleich Obama seinen transatlantischen Partnern – trotz seiner im Unterschied zu Bush jun. in der Tendenz eher proatlantischen Grundhaltung – nicht gerade wenig abverlangt (Stichwort: „burden-sharing“). Daran dürfte sich auch im Fall seiner Wiederwahl am 6. November 2012 nichts Wesentliches ändern. Sollte aber am Ende doch Mitt Romney neuer Präsident der USA werden, steht nach den jüngsten Äußerungen des republikanischen Herausforderers von Amtsinhaber Obama zur künftigen Ausrichtung der amerikanischen Außenpolitik zu befürchten (er kündigt vollmundig für den Fall seiner Wahl ein „amerikanisches Jahrhundert“ an), dass durch eine einseitige Fokussierung auf tendenziell amerikatreue transatlantische Partner wie Großbritannien und Polen sowie enge nahöstliche geostrategische Partner wie Israel – die genannten Länder sind Stationen der ersten Auslandsreise von Romney Ende Juli 2012 nach seinem Sieg bei den republikanischen Vorwahlen – ein erneuter Rückschritt in den transatlantischen Beziehungen zu verzeichnen sein wird. Der Demokrat Barack Obama hingegen bleibe bei einer zweiten Amtszeit aller Voraussicht nach weiterhin ein Garant für einen kontinuierlichen und konstruktiven transatlantischen Dialog (ungeachtet der strategischen Fokusverlagerung der USA auf die Region Asien-Pazifik) sowie ein Sinnbild für eine neue Ära transatlantischer Kooperation, die vor allem durch eine Politik des Interessenausgleichs gekennzeichnet ist und die einen politischen Diskurs „auf gleicher Augenhöhe“ zu kultivieren sucht, was in der langfristigen Perspektive ganz gewiss – trotz aller europäischer Emanzipationsbestrebungen – im ureigenen Interesse EU-Europas liegt.